

Trotz explodierender Budgetdefizite leisten sich viele Bundesländer immer noch teure Pensionsprivilegien für "ihre" Beamte.

Spitzenreiter ist Kärnten, wo die Pensionsreformen der vergangenen Jahre fast vollständig ignoriert wurden.

Das zeigt ein aktueller Rechnungshofbericht. Völlig harmonisiert haben ihr Pensionsrecht bisher nur Nieder- und Oberösterreich, die Steiermark und Vorarlberg.

Die Pensionsreform des Bundes beschert jungen Beamten massive Kürzungen.

Grund ist die Anpassung an die auch für Arbeiter und Angestellte geltende ASVG-Pension.

Während ältere Beamte noch mit bis zu 80 Prozent des Letztbezuges in Rente gehen konnten, müssen sich ab Ende der 70er Jahre geborene Staatsdiener im Ruhestand mit nur noch 38 Prozent des Letzteinkommens begnügen.

Als Beispiel dient ein 1995 (sic!) geborener Akademiker.

Heuert der Mann beim Bund an, kann er mit 65 Jahren in Pension gehen und erhält 2.268 Euro Monatspension.

Sein Jahrgangskollege im Kärntner Landesdienst wird dagegen schon mit 61,5 Jahren pensioniert und kassiert 3.594 Euro monatlich.

Politisch brisant sind die Ergebnisse deshalb, weil die Länder im Finanzausgleich eine Anpassung ihrer Pensionssysteme zugesagt haben.

